

## Satzung

vom 04. November 2019 zur Änderung der Satzung über das Einsammeln und Befördern von Abfällen unter Berücksichtigung des Vorranges von Vermeidung, Trennpflicht und Verwertung (Abfallwirtschaftssatzung) vom 10. Dezember 1996

Aufgrund von

- § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO)
- §§ 13, 15 und 16 des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und zur Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz Krw-/AbfG)
- § 2 Abs. 1 und § 8 des Gesetzes über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen in Baden-Württemberg (Landesabfallgesetz - LabfG)
- §§ 2, 13, 14, 15 und 18 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Volkertshausen in seiner Sitzung am 29. Oktober 2018 folgende

## Satzung

beschlossen:

### § 1

§ 13 der Abfallwirtschaftssatzung erhält folgende Neufassung:

#### § 13 Durchführung der Abfuhr

- 1) Der Inhalt des Abfallbehälters (§ 12 Abs. 1 Nr. 2 wird alle 4 Wochen und der Biotonne (§ 12 Abs. 1 Nr. 1) in der Zeit vom **01. Mai bis 30. September** des Jahres wöchentlich, ansonsten alle 2 Wochen eingesammelt. Der für die Abfuhr vorgesehene Wochentag wird von der Gemeinde bekanntgegeben. Im Einzelfall oder für bestimmte Abfuhrbereiche kann ein längerer oder kürzerer Abstand für die regelmäßige Abfuhr festgelegt werden.
- 2) Die zugelassenen Abfallgefäße sind von den nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten am Abfuhrtag bis spätestens 6.00 Uhr mit geschlossenem Deckel am Rand des Gehwegs oder, soweit ein solcher nicht vorhanden ist, am äußersten Straßenrand so bereitzustellen, dass Fahrzeuge und Fußgänger nicht behindert oder gefährdet werden können und die Entleerung ohne Schwierigkeiten und ohne Zeitverlust möglich ist. Die Gemeinde kann in besonders gelagerten Fällen den geeigneten Standort bestimmen. Nach der Entleerung sind die Abfallgefäße wieder zu entfernen. Nicht zugelassene bzw. nicht angemeldete Gefäße dürfen nicht zur Abfuhr bereitgestellt werden.
- 3) Sind Straßen, Wege oder Teile davon mit den Sammelfahrzeugen nicht befahrbar oder können Grundstücke nur mit unverhältnismäßigem Aufwand angefahren werden, so haben die Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 die Abfallgefäße an eine durch die Sammelfahrzeuge jederzeit erreichbare Stelle zu bringen.

### § 2

§ 22 der Abfallwirtschaftssatzung erhält folgende Neufassung:

## § 22 Benutzungsgebühren für die Entsorgung von Abfällen, die die Gemeinde einsammelt

- 1) Die Benutzungsgebühren für die Entsorgung von Hausmüll (§ 5 Abs. 1), Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (§ 5 Abs. 2), Sperrmüll (§ 5 Abs. 3), Abfällen zur Verwertung (§ 5 Abs. 4), Bioabfällen (§ 5 Abs. 6), Garten- und Parkabfällen (§ 5 Abs. 7) und Elektronikschrott (§ 5 Abs. 9) werden als Behältergebühr erhoben.
- 2) Die Behältergebühren betragen jährlich (Monatsgebühr in Klammer):

bei einem Behälter- volumen bis zu	Hausmüllgebühr €	Bioabfallgebühr €
80 l	92,40 (7,70)	118,20 (9,85)
120 l	123,00 (10,25)	148,80 (12,40)
240 l	214,20 (17,85)	240,00 (20,00)

- 3) Gebührensschuldner auf angrenzenden Grundstücken können die erforderlichen Abfallgefäße gemeinsam benutzen (§ 12 Abs. 3). Der Antrag muss schriftlich gestellt sein, von allen Gebührenscheidnern unterzeichnet sein sowie mindestens einen von ihnen zur Zahlung der Gebühren für alle Antragsteller berechtigen und verpflichten.
- 4) Die Gebühr für die Benutzung der von der Gemeinde zugelassenen Abfallsäcke (§ 12 Abs. 5) beträgt je Sack mit 70 l Füllraum 5,00 € (Hausmüll).

### § 3 Inkrafttreten

§ 1 dieser Satzung tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Gleichzeitig tritt § 13 und § 22 der Abfallwirtschaftssatzung vom 10. Dezember 1996 (jeweils mit allen späteren Änderungen) außer Kraft.

#### Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von aufgrund der GemO erlassener Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

#### Ausfertigung:

Volkertshausen, den 04. November 2019

  
Röver  
Bürgermeister